

Das Ende der Besatzung ist der Schlüssel für den Frieden

## Rundbrief November VI 2023 - Sonderausgabe

**In diesem Rundbrief berichten wir über:**

- 1- Skandal um den Weltgebetstag am 1. März 2024
- 2- Israel als Staatsraison oder die Untergrabung der Meinungsfreiheit in Deutschland
- 3- Der Begriff „Staatsräson“ sollte in unseren Beziehungen zum Staat Israel nicht mehr verwendet werden
- 4- Ist es zu viel verlangt, die Palästinenser als Menschen zu betrachten

### 1- Skandal um den Weltgebetstag am 1. März 2024

Der Weltgebetstag der Frauen, der jedes Jahr in einem anderen Land stattfindet ist von palästinensischen Christinnen vorbereitet worden, die auch die weitere Ausgestaltung übernommen hatten. Das war schon 2017 in Brasilien auf der Internationalen Weltgebetstag-Versammlung für 2024 beschlossen und das Programm soll nun wegen der Ereignisse am 7.10. hinsichtlich des Antisemitismus programmatisch verändert werden.

Dabei wurden die vorab bekannten Materialien und die Liturgie vom Komitee gebilligt. Jetzt werden palästinensische christliche Frauen, die ihre schwierige Lebenswirklichkeit der tagtäglichen Realität darstellen wollten,



ten, zensiert und doppelt bestraft für Taten, die sie nicht verantworten. Überarbeitete Materialien der palästinensischen Frauen haben hingegen nichts mehr mit der Authentizität palästinensischer Lebenswirklichkeit zu tun.

Besonders perfide sind die Vorwürfe gegen die palästinensische Künstlerin Halima Aziz, der vorgeworfen wird zu Hamas-freundlich gesonnen zu sein. So wurde das von ihr geschaffene Titelbild und Plakat, das lange vorher ohne Probleme als zentrale Werbeaussage für den WGT ausgesucht wurde und auch schon im Verkauf gewesen ist, gekänzelt. Das steht im krassen Widerspruch zu Formulierungen im Aufruf des WGT-Komitees, indem es u.a. heißt: „Unser Aufruf zu Menschlichkeit und Mitgefühl geht über religiöse und politische Zugehörigkeit hinaus. Wir streben nach einer Welt, in der die Rechte und die Würde, aller Menschen geachtet und gewahrt werden. Lasst uns alle zusammenstehen im Geiste der Empathie, des Verständnisses und der Solidarität und gemeinsam arbeiten für eine hellere und friedlichere Zukunft für alle.“

Zynischer geht's nicht! Und manche „Antisemitismuskenner“ glauben sogar im zentralen Gemälde von Halima Aziz antisemitische Botschaften entdeckt zu haben. So geht Solidarität mit Palästina heute(seit dem 07. Oktober)!!!!

Dr. Detlef Griesche, Vizepräsident der DPG e.V.

## 2- Israel als Staatsraison oder die Untergrabung der Meinungsfreiheit in Deutschland

Schon nachdem Angela Merkel 2008 vor der israelischen Knesset die Sicherheit Israels zur deutschen Staatsraison erklärte, wurden die diskursiven Spielräume für eine differenzierten Auseinandersetzung mit der Geschichte des israelisch-palästinensischen Konfliktes zunehmend enger. Immer wieder wurden der Nakba-Ausstellung öffentliche Räume verweigert. Damit sollte nicht nur der schwarze Fleck in der Erfolgserzählung des jüdischen Staates ungesehen gemacht werden, sondern auch das deutsche Gewissen beruhigt werden, das in der uneingeschränkten Solidarität mit Israel als eigenen Beitrag zur Wiedergutmachung der Naziverbrechen des Holocausts verstand. Dass die Gründung Israels eine Kette weiterer Verbrechen zur Folge hatte, passte nicht in das deutsche Selbstbild, jetzt auf der Seite des Guten zu stehen. Kritiker der israelischen Besatzungspolitik – darunter selbst in Deutschland lebenden Israelis – wurden von Bildungseinrichtungen ausgeladen. Politiker, die die Situation in den Besetzten Gebieten als „Apartheid“ bezeichneten, wurden gedrängt sich zu entschuldigen.

Die schrecklichen Ereignisse des 7. Oktobers 2023 dienen deutschen Politiker und Mainstream-Medien dazu, den gesellschaftlichen Diskurs im Interesse einer israelischen Rechts-Regierung, die der ehemalige israelische



Ministerpräsidenten Ehud Barak kürzlich noch als „faschistoid“ bezeichnete, weiter einzuengen und zu kontrollieren. So rechtfertigte Bundeskanzler auf dem EU-Gipfel die israelische Kriegsführung mit den Worten: Er sei sich sicher, dass die israelische Armee bei ihren Aktionen gegen die Terrormiliz „die Regeln beachtet, die sich aus dem Völkerrecht ergeben“. Israel sei ein „demokratischer Staat mit sehr humanitären Prinzipien, die ihn leiten.“

Jeder Versuch, die Hamas-Verbrechen zu kontextualisieren und nach Erklärungen für die zurückhaltende Empathie der arabischen Öffentlichkeit für die israelischen Opfer des Massakers der Hamas zu suchen, wird seitdem als Rechtfertigung der Hamas inkriminiert. Nachdem UN-Generalsekretär Guterres vor dem UN-Sicherheitsrat mit Hinweis auf die nun schon 56 Jahre dauernde Besatzung darauf hinwies, dass die Verbrechen nicht in einem Vakuum entstanden seien, sprachen deutsche Medien unisono von einem „Eklat“, den Guterres ausgelöst habe und warfen ihm Täter-Opfer-Umkehr vor. Einige Stimmen gingen so weit und forderten von der Bundesregierung, sie möchte sich für die Absetzung Guterres einsetzen.

Andere Beispiele für massive Eingriffe in zivilgesellschaftliche Diskurse und Selbstzensur folgten: Nachdem die schwedische Umweltaktivistin Greta Thunberg ein Foto von sich und anderen Mitstreiterinnen auf „X“ gepostet hatte, auf dem sie ein Plakat mit der Aufschrift „Stand with Gaza“ hielt, wurde ihr seitens deutscher Politiker und Medien Antisemitismus und Judenhas vorgeworfen. Äußerungen von Greta Thunberg gegen den Krieg in Gaza seien nicht nur „bedrückend, sondern absolut unanständig“, so die GRÜNEN-Vorsitzende Ricarda Lang. Politiker fast aller Parteien drängten die deutsche Sektion von Fridays for Future sich von der internationalen Bewegung zu distanzieren und gaben den Ratschlag, sich am besten gleich umzubenennen, um die Distanz zur internationalen Klimabewegung auch sprachlich zu unterstreichen. Unerwähnt blieb, dass die Mitstreiterin neben Greta Thunberg ein anderes Plakat hielt, auf dem stand: „This Jew stands with Palestine“.

Auch die palästinensische Ikonographie gerät zunehmend ins Kreuzfeuer der Kritik. Für das Plakat zum jährlichen ökumenischen Weltgebetstag der Frauen, das 2024 von palästinensischen Christinnen vorbereitet wird, hatte das internationale Vorbereitungskomitee das Bild „Betende palästinensische Frauen“ der aus Gaza stammenden Künstlerin Halima Aziz ausgewählt. Der Deutsche Koordinierungsrat der Gesellschaften für Christlich-Jüdische Zusammenarbeit (DKR) kritisierte: die Mohnblumen, die das Haar der Frauen schmücken, symbolisierten „das Blut, das in Kämpfen für Land und Freiheit floss,“ die Schlüssel am Hals der Frauen seien „Symbol für die ersehnte Rückkehr in die verlassenen Häuser.“ Beides sei Ausdruck der Unversöhnlichkeit mit Israel. Die deutsche Vorbereitungsgruppe des Gebetstages hat daraufhin die schon gedruckten Plakate wieder einstampfen lassen. Man werde sich um ein neues Bild bemühen.

Beispielhaft für die Einhegung des Diskursraumes in Deutschland ist ein internes, geleaktes Glossar der ARD-Sendeanstalten vom 18. Oktober 2023. Moderator\*innen werden angewiesen, auf Begriffe wie „Gewaltspirale im Nahen Osten“ oder „Eskalation in Nahost“ zu verzichten. Auch der Begriff „Angriff auf Gaza“ sei unkorrekt. Um Kontextualisierungen zu vermeiden, sei stattdessen der Begriff „Gegenangriff“ zu verwenden. Damit werde deutlich gemacht, dass der israelische Krieg im Gazastreifen lediglich die Reaktion auf den Angriff der Hamas sei, also ein legitimer Krieg zur Selbstverteidigung.

Bei der Wortwahl wird auf eine deutliche begriffliche Kennzeichnung von „Gut“ und „Böse“ insistiert. So werden ARD-Mitarbeiter darauf hingewiesen, bei der Übernahme von Agenturmeldungen den Begriff „Hamaskämpfer“, der in den Pressemitteilungen von Reuters, AFP oder Associated Press verwendet wird, durch die Begriffe „militante Palästinenser“, „militante Islamisten“ oder „Terrormiliz“ zu ersetzen. Das Glossar weist die ARD-Mitarbeiter darauf hin, „dass die Hamas – im Gegensatz zur israelischen Armee (sic!) – in ihren Aktionen nicht zwischen militärischen Zielen und Zivilisten unterscheidet.“ Und an anderer Stelle: „Die israelische Armee fliegt als Reaktion Angriffe im Gaza-Streifen. Ziele waren in der Vergangenheit stets militärische Einrichtungen der Hamas. Oft sterben dabei viele Zivilisten – die Hamas nutzt diese oft als menschliche Schutzschilde. Dennoch sollten wir stets klarmachen, dass es sich in der Regel um Angriffe auf militärische Ziele handelt.“



Auch warnt das ARD-Glossar vor realen und vermeintlichen antisemitischen Parolen und Symbolen, die das Existenzrecht Israels in Frage stellen würden. Nicht nur Vorwürfe wie „Siedlerkolonialismus“ oder „Apartheid“ seien antisemitisch, sondern auch die Forderung nach einem Stopp von Waffenexporten nach Israel. Denn dies würde implizieren, dass der jüdische Staat schutzlos sei – ein Vorwurf der absurd klingt angesichts der Tatsache, dass die israelische Armee als die am besten ausgerüstete des Nahen Osten gilt und das Land über Atomwaffen verfügt. Auch viele der von Palästinensern verwendeten Symbole sind laut ARD-Glossar antisemitisch, darunter die Verwendung der palästinensischen Landkarte in den palästinensischen Nationalfarben, die Comic-Figur Handala des palästinensischen Karikaturisten Naji al-Ali, die Generationen von Palästinensern begleitet hat, das Symbol des Schlüssels, den viele vertriebene Palästinenser bis heute in der Hoffnung aufbewahren, irgendwann in ihr Haus zurückkehren zu können. Die Forderung nach Rückkehr sei antisemitisch, so die Meinungsmacher der ARD, da sie die Juden zur Minderheit in Israel machen würde. Dabei bleibt unerwähnt, dass die Anerkennung der bis heute gültigen UN-Resolution 194, die das

Rückkehrrecht einfordert, seinerzeit die Bedingung für den UN-Beitritt Israels war, das sich seitdem hartnäckig weigert, diese Resolution umzusetzen.

Noch bedenklicher als das ARD-Papier ist ein Entschließungsantrag der Parteien der Regierungskoalitionen unter dem Titel „Historische Verantwortung wahrnehmen – Jüdisches Leben in Deutschland schützen“, der zurzeit in den Fachausschüssen des Bundestages beraten wird.<sup>1</sup> Die 51 geforderten Maßnahmen stellen unter dem Vorwand der Bekämpfung des Antisemitismus eine neue Qualität der Generierung eines homogenisierten Diskurses zum Nahostkonflikt dar. Diese neue Qualität besteht:

Erstens: In einer durchgehenden Gleichsetzung von Antisemitismus und Israelkritik;

Zweitens: In der Überbetonung eines „importierten Antisemitismus“, sowie einem israelbezogenen Antisemitismus von links. Dagegen wird die große Gefahr für jüdische Gemeinden durch ein Erstarren der politischen Rechten nur am Rand erwähnt.

Drittens: Die Entwicklung von umfassenden Instrumentarien diesen Diskurs mittels einer Politik von Zuckerbrot und Peitsche verbindlich in der Gesellschaft umzusetzen.

Ziel des Entschließungsantrag ist es „das Existenzrecht Israels aktiv und unzweideutig auf allen Ebenen und in der gesamten Gesellschaft einzufordern und die Sicherheit Israels entschlossen zu verteidigen“. Israels Sicherheit als deutsche Staatsraison wird zur verbindlichen gesamtgesellschaftlichen Aufgabe erklärt – übrigens ein Begriff von Machiavelli, der Ethik, Moral und Gesetze selbsterklärten Staatszielen unterordnet und eigentlich nichts im Vokabular einer verfassungsrechtlichen Demokratie zu suchen hat!

Grundlage aller im Entschließungsantrag aufgeführter Maßnahmen ist die Antisemitismusdefinition der IHRA



(International Holocaust Remembrance Alliance), die wegen des Einschusses eines sehr allgemein und damit weit gefassten „israelbezogenen Antisemitismus“ auch unter vielen jüdischen und israelischen Antisemitismusforschern und Intellektuellen umstritten ist. So hat sich in den USA die sog. Nexus-Gruppe gebildet, die genauer zwischen einer Dämonisierung Israels und berechtigter Israelkritik differenziert. So heißt es in der NEXUS-Definition, dass Antizionismus, gewaltloser Widerstand gegen den Israelischen Staat oder die Infragestellung von historischen Entscheidungen nicht automatisch antisemitisch seien – vor allem, wenn sie von Menschen artikuliert werden, deren Kollektive negativ durch die Gründung Israels betroffen wurden (Palästinenser). Ein anderer Versuch, eine präzisere und kohärentere Arbeitsdefinition von Antisemitismus

zu entwickeln, ist die Jerusalemer Erklärung, die von renommierten Holocaust- und Antisemitismusforschern aus Europa, Israel und den USA entwickelt wurde – darunter auch in Deutschland bekannte Persönlichkeiten wie Omri Boehm, Eva Menasse, Micha Brumlik, Moshe Zimmermann und Moshe Zuckermann. Diese differenziert klar zwischen antisemitischer und nicht antisemitischer Kritik am Staat Israel. Zur ersten Kategorie gehören z.B. „die Anwendung von Symbolen, Bildern und negativen Stereotypen des klassischen Antisemitismus auf den Staat Israel“. Antisemitisch ist es, „Jüd\*innen kollektiv für das Verhalten Israels

<sup>1</sup> Die CDU/CSU hat einen eigenen Antrag vorgelegt, der sich bzgl. der vorgeschlagenen Maßnahmen nur graduell unterscheidet.

verantwortlich zu machen.“ Nicht antisemitisch dagegen sei die „Ablehnung des Zionismus als eine Form des Nationalismus“, das „Eintreten für diverse verfassungsrechtliche Lösungen für Juden und Palästinenser in dem Gebiet zwischen dem Jordan und dem Mittelmeer“ – also z.B. für eine Einstaatenlösung „zwischen dem Fluss und dem Meer“, die „faktenbasierte Kritik an Israel als Staat“, wozu in der Erklärung sowohl Institutionen und Gründungsprinzipien, wie das Verhalten Israels im Westjordanland und dem Gazastreifen zählt. Auch der Hinweis auf rassistische Diskriminierung sei nicht antisemitisch. In Artikel 14 der Erklärung heißt es in Bezug auf die BDS-Kampagne: „Boycott, Desinvestition und Sanktionen sind gängige, gewaltfreie Formen des politischen Protestes gegen Staaten. Im Fall Israels sind sie nicht per se antisemitistisch.“ Anders als in den USA, wo die NEXUS-Erklärung neben der IHRA-Erklärung als eines der Referenzdokumente offiziell anerkannt wurde, erkennt die Bunderegierung ausschließlich der IHRA-Definition an.

Dies ist umso problematischer, als es sich bei dem Entschließungsantrag nicht nur um einen einfachen „schlichten Parlamentsbeschluss“ – also eine bloße Meinungsäußerung des Bundestages – handelt<sup>2</sup>, sondern ein ganzer Katalog von über 50 Maßnahmen angekündigt wird. Dazu gehören nicht nur Bildungs- und Forschungsprogramme zum Antisemitismus. Amtsträger und Strafverfolgungsbehörden sollen für antisemitische/antiisraelische Chiffren und Stereotypen geschult werden. Die Arbeitsdefinition des IHRA soll Grundlage



der Arbeit von Strafverfolgungsbehörden, sowie Kriterium für Vergabe- und Förderentscheidungen werden. Förderungsempfänger sollen dazu angehalten werden, sich die Definition zu eigen zu machen. Äußerungen von Amtsträgern, die dieser Definition widersprechen, sollen konsequent disziplinarisch verfolgt werden. In dem Entschließungsantrag wird auch eine Überarbeitung des Straf- und Versammlungsrechtes auf mögliche Strafbarkeitslücken bei gefordert. Außerdem soll ein Betätigungsverbot oder ein Organisationsverbot von BDS geprüft werden. Welche Folgen das in Zukunft haben könnte, zeigt das Beispiel der schleswig-holsteinischen Ex-Staatsministerin für Integrationsfragen Marjam Samadzade, die Ende Oktober von einem auf den anderen Tag entlassen wurde, weil sie in ihrem privaten Instagram-

Account einen Beitrag der Antirassismus-Aktivistin Alice Hasters gelikt und weitergeleitet hatte. Hasters hatte in ihrem Post die Hamas-Angriffe auf Israel verurteilt, andererseits aber auch die Unterstützung westlicher Regierungen für den israelischen Angriff auf Gaza verurteilt. Israels Regierung sei rechtsextrem und breche Völkerrecht, hieß es in dem Post van Hasters. Sie sei enttäuscht und schockiert, wie in Deutschland mit diesem Konflikt umgegangen werde. "Es scheint, als ob Deutschland nur bereit ist, Antisemitismus durch die Verbreitung von Antimuslimischen und Antipalästinensischen Rassismus zu bekämpfen."

Seit dem 7. Oktober 2023 stehen in Deutschland Palästinenser und andere Araber sowie muslimische Gemeinden unter dem kollektiven Generalverdacht eines besonderen, aus ihren Heimatländern importierten oder - wie immer wieder unterstellt wird - religiös motivierten Antisemitismus. Auf der Basis dieser Annahme sieht der Entschließungsantrag spezielle an die Muslime und Migranten gerichtete Erziehungs- und Sanktionsmaßnahmen vor. Unter dem Titel des Kampfes gegen Antisemitismus wird ein klares Bekenntnis zu Israel Voraussetzung für die Erlangung der deutschen Staatsangehörigkeit. Für diejenigen, die schon hier sind, ist ein breites Programm der (Um)erziehung vorgesehen. So soll die deutsche Erinnerungskultur und

<sup>2</sup> Siehe das Gutachten der Wissenschaftlichen Dienste des Bundestages zum BDS-Beschluss vom 21. Dezember 2020

Antisemitismus – wohlgermerkt im strikten Sinne der IHRA-Definition – verbindlich in die Curricula von Integrationskursen einfließen und im Fragenkatalog zum Einbürgerungstest berücksichtigt werden. Von den Moscheeverbänden wird eine aktive Rolle bei der Bekämpfung von Antisemitismus und Israelfeindlichkeit verlangt. Außerdem soll nach dem Wunsch der Koalitionspartner Antisemitismus bei der diesjährigen Fachtagung der Deutschen Islam-Konferenz (DIK) ein zentrales Thema sein. Im Zweifelsfall sollen ausländische Personen, die antisemitische Straftaten begehen neben den regulären Strafen mit zusätzlichen Sanktionen belegt werden: Ihnen wird mit Abschiebung gedroht und wo dies nicht möglich ist, werden ihnen Wohnsitzauflagen, Arbeitsverbote, vermindertem Leistungsbezug oder der Verweigerung von Familiennachzug angedroht.

Es sind nicht nur Muslime, Palästinenser oder die politische Linke, die der neuen Verbotskultur zum Opfer fallen, sondern auch all diejenigen Juden und jüdischen Organisationen, die dem offiziellen Diskurs nicht folgen oder die gar ihr Jüdischsein von Israel trennen oder gar erklären, dass sie sich durch Israel nicht repräsentiert sähen. Nachdem die „Jüdische Stimme für gerechten Frieden in Nahost“ eine Veranstaltung zu ihrem 20-jährigen Bestehen im Neuköllner Kulturzentrum Oyoun angekündigt hatte, drohte der Berliner Senat dem Zentrum mit der Kürzung staatlicher Fördergelder. Die Veranstaltung fand trotzdem statt. Kurz zuvor war Iris Hefets, Vorstandsmitglied der Jüdischen Stimme, kurzzeitig verhaftet worden, weil sie –wohlgermerkt als Einzelperson – auf einem Berliner Platz mit einem Schild demonstrierte, das die Aufschrift trug: „Als Jüdin und Israelin: Stoppt den Genozid im Gazastreifen.“ Ende Oktober wurde der in Berlin lebende Israeli Udi Raz, der im Jüdischen Museum als Museumsführer arbeitete, fristlos entlassen, weil er die Situation in der Westbank als „Apartheid“ bezeichnet hatte. Die in Berlin lebende, jüdisch-amerikanische Schriftstellerin Deborah Feldmann berichtet, dass Lesungen ihres neuen Buches abgesagt wurden, nachdem sie sich in einer Talkshow kritisch zum Gaza Krieg geäußert und Bundeskanzler Habeck vorgeworfen hatte, Deutschland würde nur solche Juden schützen, die in sein Bild passten. Die Bundeszentrale für Politische Bildung setzte ihrerseits ein für Dezember geplantes und von der südafrikanische jüdische Künstlerin Candice Breitz und dem amerikanischen Literaturwissenschaftler Michael Rothberg kuratiertes Symposium zu einer Relationalen Erinnerungskultur ab. Bei diesem Konzept geht es darum, unterschiedliche kollektive traumatische Erinnerungen wie Holocaust, Kolonialismus, Völkermord und andere Formen politischer Verfolgung in Beziehung zueinander zu setzen, ohne – wie Rothberg immer wieder betont – die Singularität des Holocausts infrage zu stellen. Diese Fähigkeit, „das Leid der anderen zu verstehen“ – so der Titel des Buches von Charlotte Wiedemann – ist aber die Voraussetzungen für die Stärkung intersektionaler Solidaritäten, eben auch zwischen in Deutschland lebenden Juden, Palästinensern, Muslimen und anderen migrantischen Gruppen. Aber genau das wird durchzunehmende autoritäre staatliche Maßnahmen verhindert.

Stattdessen erleben wir unter dem Vorwand des Kampfes gegen Antisemitismus einen Rechtsruck und rassistischen Rollback, der einen Angriff auf die Einwanderungsgesellschaft mehrheitsfähig macht, wie Mario Neumann in dem Bloc von „medico international“ bemerkt: „Das Kulturkampf-Narrativ der politischen Rechten wird jetzt in der Sprache des Nahostkonfliktes neu kodiert. ‚Ausländer raus‘ heißt jetzt ‚Antisemiten raus. Die deutschen ‚Lehren‘ aus der Geschichte werden gegen die Migrationsgesellschaft ausgespielt und Debatten um die notwendige Dekolonisierung Deutschland und der Welt gleich mit erledigt. Der Antisemitismus wird den Migrant\*innen zugeschoben und der allgegenwärtige Rassismus erscheint gewissermaßen als Gegenmittel.“

Am 14. November trat die internationale Findungskommission, die Vorschläge für die künstlerische Leitung der nächsten Documenta unterbreiten sollte, kollektiv zurück. Zuvor war (wieder einmal) einem ihrer Mitglieder, dem Inder Ranjit Hoskote, Antisemitismus unterstellt worden. Er hatte einen Aufruf indischer Intellektueller unterzeichnet, in dem eine Parallele zwischen Zionismus und der hindunationalistischen Hindutva-Ideologie gezogen wurde. In der Rücktrittserklärung der Findungskommission heißt es: „Unter den gegenwärtigen Umständen glauben wir nicht, dass es in Deutschland einen Raum für einen offenen

Gedankenaustausch und die Entwicklung komplexer und nuancierter künstlerischer Ansätze gibt, die documenta-Künstler\*innen und –Kurator\*innen verdienen.“

#### Links zu Dokumenten:

Das Glossar der ARD ist verlinkt über: <https://www.jungewelt.de/artikel/462874.berichterstattung-zum-gazakrieg-journalistische-bankrotterkl%C3%A4rung.html>

Entschließungsantrag der Fraktionen SPD, Bündnis 90/DIE GRÜNEN und FDP: Historische Verantwortung wahrnehmen – Jüdisches Leben in Deutschland schützen: <https://dip.bundestag.de/vorgang/entschlie%C3%9Fungsantrag-zur-vereinbarten-debatte-betr-historische-verantwortung-%C3%BCbernehmen-j%C3%BCdisches/305555>

Entschließungsantrag der Fraktion der CDU/CSU: Historische Verantwortung wahrnehmen – Jüdisches Leben in Deutschland schützen: <https://dip.bundestag.de/vorgang/entschlie%C3%9Fungsantrag-zur-vereinbarten-debatte-betr-historische-verantwortung-%C3%BCbernehmen-j%C3%BCdisches/305525>

Jerusalem Erklärung: <https://jerusalemdeclaration.org/> (mit link zum pdf der deutschen Übersetzung)

Mario Neumann (medico international): Rechtsruck im Schafspelz: <https://www.medico.de/blog/rechtsruck-im-schafspelz-19285>

Gerhard Fulda: Der Begriff der „Staatsräson“ sollte in unseren Beziehungen zum Staat Israel nicht mehr verwendet werden: <https://www.nachdenkseiten.de/?p=106511>

Ivesa Lübben , Vizepräsidentin – DPG e.V.

### 3- Der Begriff „Staatsräson“ sollte in unseren Beziehungen zum Staat Israel nicht mehr verwendet werden



Ein Artikel von Gerhard Fulda

(entnommen aus den NachDenkSeiten vom 10. November 2023)

Ich habe Jura studiert. In meinem Studium kam das Wort nicht vor. Jedenfalls steht es nicht im Grundgesetz. Nur wer sich mit Rechtsgeschichte befasste, stieß um das Jahr 1500 bei Machiavelli auf den Begriff Staatsräson. Dessen Thesen hatten mit Demokratie rein gar nichts zu tun. Von Fulda.

Der Fürst übte die Gewalt aus, um den Staat und seine eigene Macht zu erhalten – ohne irgendwelche Einschränkungen. Er durfte lügen und betrügen, einsperren und töten. Recht, Moral oder der Wille der Bürger spielten keine Rolle. wenn er glaubte, fremde Mächte nicht anders abwehren zu können. Der Zweck des Staates – seine Staatsräson – war der Fortbestand dieses Staates gegen jegliche Gefährdung.

Wie konnte ein solches Wort Eingang finden in den Text der Rede der deutschen Bundeskanzlerin vor der Knesset am 18. März 2008?

Erstmals vier Jahre zuvor war die Sicherheit Israels in einem Essay des damaligen deutschen Botschafters in Israel, Rudolf Dreßler, als deutsche Staatsräson bezeichnet worden (in: Aus Politik und Zeitgeschehen vom 4.4.2004).

Dreßler war, bevor er als Seiteneinsteiger Diplomat wurde, mit dem Schwerpunkt Sozialpolitik langjähriger Abgeordneter der SPD im Bundestag. Davor hatte er als Gewerkschaftler reüssiert mit einer handwerklichen

Ausbildung als Schriftsetzer – jedenfalls kein Lebenslauf, in dem vertiefte Studien der Rechtsgeschichte eine Selbstverständlichkeit gewesen sein können.

Er dürfte wohl kaum gewusst haben, welchen bedeutungsschweren Hintergrund er mit seiner Veröffentlichung in das allgemeine Bewusstsein getragen hat. Bisher schweigt Dreßler zu der Frage, wer ihn zum Gebrauch dieser Formel überzeugt hat. Der Aufsatz war so etwas wie ein Resümee seiner fünf Jahre in Israel. Es ist also nicht auszuschließen und sogar wahrscheinlich, dass die geistigen Wurzeln der Wiederbelebung eines aus dem Gebrauch gekommenen Begriffs bei israelischen Gesprächspartnern zu finden sind.

Dafür spricht auch ein weiteres Element in Dreßlers Aufsatz: Das Wort Staatsräson steht zwar auffällig im Titel und als letzter Satz – jeweilig bezogen auf Deutschland. Mitten im Text kommt es aber zuerst vor als „israelische Staatsräson“:

„Der Holocaust-Gedenktag in Yad Vashem ist Teil der israelischen Staatsräson.“

Das würde vor allem dann Sinn machen, wenn man mit dem Begriff Staatsräson beschreiben wollte, welche Gründe zum Entstehen des Staates geführt haben: Der Holocaust hat den zionistischen Bemühungen, weg von unterdrückten Minderheiten in mehreren Staaten jetzt eine Heimstatt mit einem eigenen Staat zu finden, den entscheidenden politischen Auftrieb gegeben.

Trotzdem hat die Kenntnis solcher historischer Zusammenhänge offenbar nicht zu einem verbreiteten Sprachgebrauch der Staatsräson in israelischen Medien beigetragen.

Niemand unter den mir bekannten und hebräisch sprechenden Kennern Israels hat dafür eine Fundstelle gefunden. Auf Fragen hieß es bei allen, von diesem Gedanken nie etwas gehört zu haben.

Aber Dreßler kann sich das auch nicht einfach ausgedacht haben.

Bisher hat sich niemand dazu bekannt, in den von wem auch immer verfassten Entwurf für Merkels Rede vor der Knesset die Staatsräson eingefügt und die Kanzlerin davon überzeugt zu haben.

Frau Merkel hatte damals in außenpolitischen Fragen drei enge, vertraute Berater. Die Büroleiterin Beate Baumann hatte Germanistik und Anglistik studiert. Unwahrscheinlich, dass es ihre Initiative war. Der Leiter der Abteilung Außenpolitik im Kanzleramt, Christoph Heusgen, hat erklärt, er habe den Begriff nicht vorgeschlagen. Der Dritte war der israelische Botschafter Shimon Stein. Beobachter sprachen von „einer richtigen Freundschaft“ mit Frau Merkel. Abgeschlossenes Studium im Fach Geschichte. Im Ruhestand Senior Research Fellow an der Universität Tel Aviv. Wiederholte Stellungnahmen zu den Themen Staatsräson und Antisemitismus.

Seit 2005 war Stein der Kanzlerin ein gern gesehener, häufiger Gast. Das hing auch mit Merkels Aufwachsen in der früheren DDR zusammen. Dort hatte die Regierung mit Wiedergutmachung nie etwas im Sinn. Schließlich waren die Kommunisten ebenfalls Opfer und nicht schuld am Holocaust, sondern „die da drüben“. Jetzt könnte ihr in Aussicht gestellt worden sein, sie könne die Hauptrolle in einer „historischen Aufarbeitung“ übernehmen. In der Knesset-Rede hat sie selbst solche Zusammenhänge angesprochen.

Ihr scheint nicht bewusst geworden zu sein, dass ihr möglicherweise in dieser persönlichen Beziehung eine einseitig von israelischen Interessen gesteuerte Sichtweise suggeriert worden ist.

Das alles bleiben bisher nur Vermutungen. Trotzdem sind die Indizien, die eine Einwirkung von außen nahelegen, bereits ein Grund, nicht mehr ohne sorgfältige Prüfung die Staatsräson in den Mund zu nehmen.

Dreßler hatte noch leichtfertig geschrieben: „Die gesicherte Existenz Israels liegt im nationalen Interesse Deutschlands, ist somit Teil unserer Staatsräson“. Da fehlte nicht nur eine sorgfältige Prüfung, sondern auch



einfachste Logik. „Liegt im nationalen Interesse Deutschlands, i s t s o m i t Teil unserer Staatsräson“!! Dann hatte seine Staatsräson also viele, viele Teile; was liegt nicht alles in unserem nationalen Interesse.

Trotz alledem – Heute tragen viele Politiker die Staatsräson wie eine Monstranz vor sich her. Damit wird gern jede Israelkritik verhindert.

Tatsächlich weiß aber niemand, wie man diesen Begriff verstehen sollte. Das ging auch Frau Merkel in der Knesset so: Sie hielt es für nötig, einen Satz mit der Einleitung „Das heißt“ nachzuschieben:

„Das heißt, die Sicherheit Israels ist für mich als deutsche Bundeskanzlerin niemals verhandelbar.“

Merkwürdig, dass sie sich dann schon mit dem nächsten Satz selbst widersprochen hat. Sie erwähnte die Nuklearverhandlungen mit dem Iran, an denen die Bundesrepublik maßgeblich beteiligt war. Dort ging es darum, dass Israel in der Region die einzige Nuklearmacht bleiben sollte, mit starkem Potential der Abschreckung.

In Wirklichkeit wurde also bereits über die Sicherheit Israels verhandelt. Die Kanzlerin offenbarte also mit der Definition, dass der scheinbar so gewichtige Grundsatz nicht wirklich belastbare neue Substanz enthielt.

Man kann mit guten Gründen die Meinung vertreten, dass eine Staatsräson mit unserem Grundgesetz nicht vereinbar ist. Ihr „Basta“-Charakter verletzt die Meinungsfreiheit und die Menschenwürde. Ihre Verwendung beamt uns im Verständnis unserer Staatslehre um 400 Jahre zurück. Dann könnten wir auch gleich wieder glauben, die Sonne drehe sich um die Erde.

**Dr. Gerhard Fulda, Berlin, (Ehemaliges Mitglied des Beirats der DPG)**

#### 4- Ist es zu viel verlangt, die Palästinenser als Menschen zu betrachten?

Arwa Mahdawi 7. November 2023 THE GUARDIAN

Ich möchte nie wieder hören, wie die westlichen Demokratien den Rest der Welt über Menschenrechte belehren.

Während ich diese Zeilen schreibe, sind mehr als 10 000 Palästinenser durch Israels Bombardierung des Gazastreifens getötet worden - fast die Hälfte von ihnen Kinder. Alle 10 Minuten wird in Gaza ein Kind getötet. Bei diesen Zahlen handelt es sich wohlgerneht nur um die Kinder, die als direkte Folge von Israels wahllosen Bombardierungen sterben. Die Kinder, die das "Glück" hatten, bei einem Luftangriff sofort zu sterben. Und die, die nicht so viel "Glück" hatten: unschuldige Kinder, die unter Trümmern begraben sind und einen schmerzhaften und langwierigen Tod sterben, während sie unter den ausgeweideten Überresten ihres Hauses ersticken.

Nicht mitgezählt sind dabei die Kinder, die langsam an Hunger und Durst sterben. Die Kinder, die krank werden, weil sie Abwässer und Meerwasser trinken. Nicht mitgezählt die krebserkrankten Kinder, die nicht mehr behandelt werden können, da die israelische Belagerung das einzige Krebskrankenhaus in Gaza gezwungen hat, den Betrieb einzustellen. Nicht mitgezählt die Kinder, die an völlig vermeidbaren Krankheiten sterben werden, weil die Krankenhäuser in Gaza nicht mehr funktionieren.

Diese Zahlen zählen nicht, Punkt. Es sind Palästinenser. Und wie die letzten Wochen überdeutlich gezeigt haben, zählen palästinensische Leben nicht. Für viele in den Medien, die den palästinensischen Tod in der Passivform beschreiben, zählen sie nicht. Die Medien, die nicht zu rechtfertigende Todesopfer rechtfertigen. Die sich sehr für das Völkerrecht interessieren, wenn es von Staaten wie Russland verletzt wird, aber nicht so sehr, wenn Israel der Täter ist. Die über alles, was die israelische Regierung sagt, sofort berichten,

während sie die Stimmen der Palästinenser durch eine ständige Linse des Misstrauens betrachten. Besser sie alle töten, um sicher zu sein.

Für den Präsidenten der Vereinigten Staaten zählen diese Zahlen gewiss nicht. Dabei ist der Mann, der gerne ein großes Lied davon singt, was für ein anständiger Kerl er ist, doch der *oberste Mitfühlende*. Joe Biden sagte ganz offen: Wir glauben den Palästinensern ihre Totenzahlen nicht.

Es wäre lustig, wenn es nicht so verdammt schrecklich und so verdammt beleidigend wäre. Es tut mir leid ... was glaubt Biden denn, was genau passiert? Er weiß sehr wohl, dass die Zahlen des Gesundheitsministeriums im Gazastreifen sich in der Vergangenheit immer wieder als korrekt herausgestellt haben.

Dabei wird es immer schwieriger, unsere Todesfälle zu verifizieren. Ein Journalist nach dem anderen wird in Gaza ermordet oder mit dem Tod bedroht. Und anstatt sich für die Bedeutung der Presse einzusetzen, versuchen die USA aktiv, die Berichterstattung über die Hölle in Gaza zu unterdrücken. Vor zwei Wochen forderte der US-Außenminister Antony Blinken Katar auf, die Berichterstattung von *Al Jazeera* über den Krieg Israels gegen die Hamas zu mäßigen. Es kann nicht sein, dass zu viel Wahrheit ans Licht kommt; zu viel Wahrheit ist eine schreckliche Sache.

*Aber, Arwa, was ist mit der Hamas?* Werden Sie jetzt vielleicht sagen. *Wirst du die Hamas nicht verurteilen?* Natürlich werde ich die Hamas, die am 7. Oktober unschuldige israelische Zivilisten massakriert und Geiseln genommen hat, auf das Schärfste verurteilen. Und lassen Sie uns hier ganz klar sein: Auch wenn nichts, was die Hamas am 7. Oktober getan hat, gutgeheißen werden kann, haben ihre Aktionen nicht in einem Vakuum stattgefunden. Dieser Konflikt hat nicht am 7. Oktober begonnen. Seit Jahrzehnten werden Palästinenser getötet, vertrieben, gedemütigt und unrechtmäßig inhaftiert. Fragen Sie sich selbst: Wissen Sie, wie viele Palästinenser im vergangenen Jahr von israelischen Streitkräften und Siedlern getötet wurden? Wissen Sie, wie viele Palästinenser von Siedlern im Westjordanland - wo die Hamas nicht das Sagen hat - aus ihren Häusern vertrieben werden? Wissen Sie, wie viele palästinensische Kinder von den israelischen Streitkräften ohne Gerichtsverfahren oder Anklage für "Verbrechen" festgehalten werden, die so geringfügig sein können wie das Schwenken einer palästinensischen Flagge?

Ich werde die Hamas auf jeden Fall verurteilen, aber ich bitte darum, dass die absolute Verurteilung in beide Richtungen geht. Für alles, was die IDF tun, gibt es eine Art Rechtfertigung, eine Erklärung; Gewalt durch Palästinenser ist niemals zu rechtfertigen.

Und was den gewaltlosen Widerstand angeht? Auch das ist nicht erlaubt. Die USA versuchen schon lange, die friedliche Boykott-, Desinvestitions- und Sanktionsbewegung BDS zu kriminalisieren. Aufrufe zum Boykott des Eurovision Song Contest 2019, der in Tel Aviv stattfand, wurden als "Waffe der Spaltung" bezeichnet und dämonisiert. Die Teilnahme an einem pro-palästinensischen Marsch wird als antisemitisch verunglimpft - selbst wenn die Hälfte der Marschierenden mutige Juden in Organisationen wie *Jewish Voices for Peace* sind.

Was sollen die Palästinenser also tun, frage ich Sie? Das ist eine rhetorische Frage, denn die letzten drei Wochen haben die Antwort auf diese Frage glasklar gemacht: Wir sollen die Klappe halten und sterben.

In der Tat macht Israel im Moment keinen Hehl aus seinen Absichten gegenüber den Palästinensern. Craig Mokhiber, ein hochrangiger Menschenrechtsbeauftragter der Vereinten Nationen, der letzte Woche zurückgetreten ist, schrieb in seinem Rücktrittsschreiben, dass es sich bei dem, was geschieht, um einen "Völkermord wie aus dem Lehrbuch" handelt.

Sagen Sie das der US-Regierung. Sagen Sie das auch der feigen und heuchlerischen US-Presse. In zwanzig Jahren, wenn es für den Journalismus viel zu spät ist, um noch etwas zu ändern, wird jemand einen Pulitzer-Preis dafür gewinnen, dass er die Wahrheit über diesen Moment gesagt hat. Sie werden dafür gefeiert werden, dass sie Worte benutzt haben, für die heute Menschen ihren Job verlieren oder für die sie von

Hasskampagnen verfolgt werden: Besetzung, Völkermord, ethnische Säuberung. Erst wenn jeder einzelne Palästinenser tot oder vertrieben ist, wird es akzeptabel sein, uns als Menschen zu behandeln.

Übersetzung: DeepL / leicht gekürzt und korrigiert

<https://www.theguardian.com/commentisfree/2023/nov/07/palestinians-human-rights-israel-gaza>

Der allgemeine öffentliche und veröffentlichte Mainstream duldet keine Kritik an der israelischen Politik. Viele Jüdinnen und Juden sehen Israel nicht als deren Vertreter. Die deutsche Loyalität mit dem Staat Israel darf nicht dazu führen, dass man völlig „politisch blind“ wird.



**„Deutschland ist ein guter Ort,  
um jüdisch zu sein. Es sei denn,  
Sie sind wie ich ein Jude, der  
Israel kritisiert.“**

**Deborah Feldman im Guardian**

Der pro-israelische politische Konsens hat alle abweichenden Stimmen ausgeschaltet – wie ich in einer TV-Debatte mit dem Vizekanzler feststellen musste  
Der Wächter ([theguardian.com](http://theguardian.com))

[Der Wächter \(theguardian.com\)](http://DerWächter.theguardian.com)

**Ärzte ohne Grenzen - Palästinensische Gebiete - Spende**

Wir sind seit vielen Jahren und aktuell vor Ort. Als medizinische Nothilfeorganisation gilt unsere erste Sorge dem Schutz und der Gesundheit der Zivilbevölkerung

Weiter unter: *Unsere Hilfe in den Palästinensischen Gebieten | Ärzte ohne Grenzen (aerzte-ohne-grenzen.de)*

**Spende**

**Deutsch-Palästinensische Gesellschaft e.V.**

**Kontoverbindung**

**IBAN: DE90 3706 0590 0000 3392 10**

**BIC: GENODED1SPK**

**Spenden: Ärzte ohne Grenzen – Palästina**

**„Nach Wochen des Kampfs sollen die Waffen ab 23.11.2023 für 4 Tageschweigen: Israel und die Hamas haben eine Geiselübergabe und eine Feuerpause vereinbart“. Spiegel**

**Das Ende der Besetzung ist der Schlüssel für den Frieden**